



Noch weniger Netto? Krankenkassenbeiträge steigen – TK-Chef nennt Zahlen für weitere Erhöhung

25.04.2025, 17:58 Uhr

Von: Bona Hyun

Krankenkassen warnen: Für Beitragszahler könnte es künftig noch teurer werden. Die Pläne der künftigen Regierung sorgen für Kritik. Welche Lösungen diskutiert werden.

Berlin – Die Beitragsspirale dreht sich immer weiter. Krankenkasse, Pflege und Rente: Alles wird im Jahr 2025 teurer und eine Besserung scheint nicht in Aussicht zu sein. Ohne eine Reform könnte sich die kritische Lage weiter zuspitzen. Krankenkassen-Chefs sind sich jetzt schon einig, dass sich die Kassenbeiträge erhöhen werden.

Anstieg der Krankenkassenbeiträge: TK-Chef warnt vor Erhöhung

Schon zum Jahreswechsel kam es zu einer massiven Erhöhung der Zusatzbeiträge. Zum allgemeinen 14,6-Prozent-Beitragssatz kamen Anfang des Jahres Zusatzbeiträge von im Schnitt 2,9 Prozent. Die Regierung hatte den amtlichen Orientierungswert dafür auf 2,5 Prozent festgelegt – das waren bereits 0,8 Prozentpunkte mehr als 2024. Der Pflegebeitrag war zum Jahreswechsel um 0,2 Punkte auf 3,6 Prozent für Versicherte mit einem Kind gestiegen – und dürfte nach Erwartung von Ökonomen weiter nach oben gehen. Zu den Gründen zählen neben der Demografie insbesondere auch Lohnsteigerungen bei den Pflegekräften.



Aufgrund der Finanzierungslücke haben die Krankenkassen den Zusatzbeitrag angehoben.

© Jonas Walzberg/dpa/Patrick Pleul/dpa

Die künftige Regierung geht das Thema Pflege und Krankenkassen enttäuschend an, finden Experten. Im Koalitionsvertrag erklären Union und SPD zwar, dass sie die „Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung auch langfristig stabilisieren“ wollen. „Hierzu setzen wir auf ein Gesamtpaket aus strukturellen Anpassungen und kurzfristigen Maßnahmen“, heißt es dazu weiter. Konkrete Maßnahmen sind noch offen.

„Im Papier stehen keine Maßnahmen, die kurz- oder mittelfristig den Beitragsanstieg stoppen würden“, kritisierte TK-Chef Jens Baas im Interview mit der *Welt*. Der Beitragsanstieg werde von der Politik erstmal in keiner Weise abgebremst. Baas rechnet mit einem durchschnittlichen Anstieg von 0,3 bis 0,5 Beitragssatzpunkten in der GKV – unter der Bedingung, dass es den Krankenkassen gelingt, in diesem Jahr wieder Reserven aufzubauen.

Höhere Krankenkassenbeiträge – Wirtschaft kritisiert Pläne für Rente : „Teure Versprechungen“

Auch aus der Wirtschaft gibt es kritische Töne. DIW-Chef Marcel Fratzscher zufolge verschärft der Koalitionsvertrag ein Problem: Der Sozialstaat werde von Jahr zu Jahr weniger generationengerecht. Immer stärker werde von Jung zu Alt umverteilt. Gleichzeitig geht Fratzscher mit den Plänen für die Rente hart ins Gericht.

„Anstelle von Vorschlägen zu einer Begrenzung des künftigen Beitragsanstiegs gibt es hier teure Versprechungen wie beispielsweise ein stabiles Rentenniveau und eine ausgeweitete Mütterrente“, sagt Fratzscher. „Offensichtlich wollen weder Union noch SPD ihre Wählerinnen und Wählern mit irgendwelchen Zumutungen belästigen.“

Krankenkassen schlagen Alarm – Bürgerversicherung als Lösung?

Auch aus Sicht der Vorstandsvorsitzenden vom Sozialverband Deutschland ist dringender Handlungsbedarf gefordert. „Es ist absolut richtig, dass etwas gegen steigende Sozialversicherungsbeiträge unternommen werden muss. Sie belasten nicht nur die Wirtschaft, sondern auch niedrige und mittlere Einkommen besonders stark“, sagte SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier zu IPPEN.MEDIA.

„Das soziale Schutzniveau herunterzufahren und Versicherte zum Abschluss teurer privater Vorsorgeprodukte zu drängen, wäre jedoch ein Irrweg. Beitragsstabilität kann seriös nur durch höhere Beitragsbemessungsgrenzen und angemessene Steuerzuschüsse erreicht werden. Wichtig ist es auch, endlich anzuerkennen, dass wir alle im gleichen Boot sitzen. Deshalb müssen in die gesetzliche Rentenversicherung alle Erwerbstätigen einbezogen und die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung ausgebaut werden.“ Die Bürgerversicherung ist ein Konzept, bei dem die gesetzliche und private Krankenversicherung durch ein einheitliches System ersetzt werden soll. Es gibt kein Nebeneinander von privaten und gesetzlichen Versicherungen.

Beiträge der Krankenkassen könnten steigen – Finanzierung der Krankenhausreform sorgt für Kritik

Neben möglichen Maßnahmen gegen steigende Ausgaben wird ein weiterer Aspekt aus der Gesundheitspolitik stark diskutiert: die Finanzierung der Krankenhausreform. Der Bundesrat stimmte am 21. März 2025 einer Verordnung des Bundesgesundheitsministeriums mit einigen Änderungen zu, die den Rahmen für einen „Transformationsfonds“ festlegt. Um den Wandel zu unterstützen, sollen daraus von 2026 bis 2035 bis zu 25 Milliarden Euro fließen können – sofern sich Länder in gleicher Höhe an Vorhaben beteiligen. Der Fördertopf ist Teil einer bereits beschlossenen Krankenhausreform von Gesundheitsminister Karl Lauterbach. (bohy mit Material der dpa)